



Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn

Solothurn, 08.03.2019

Nein zur bürgerlichen Plünderungsstrategie

Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates hat mit seinem gestrigen Entscheid zur Steuerpolitik den Weg zu einer desaströsen Steuerpolitik eingeschlagen. Dies ist weder im Sinne des Kantons noch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Solothurn (GBS) als Organisation der Solothurner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird diese Vorlage deshalb in der Volksabstimmung vom 19. Mai mit allen Mitteln bekämpfen.

Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates hat gestern den Weg zu einer Steuerpolitik eingeschlagen, der schwerwiegende Folgen für unseren Kanton haben wird:

- Unter dem Diktat der Wirtschaftsverbände wurde eine Tiefsteuerstrategie für Unternehmen beschlossen, die einer Plünderung der Staatskasse gleichkommt und zu Einnahmefällen von mehr als 100 Mio CHF pro Jahr führen wird.
- Unter dem Diktat des rechtsbürgerlich beherrschten Einwohnergemeindeverbandes (VSEG) werden die Lasten dieser Plünderungsstrategie allein dem Kanton aufgebürdet. Der VSEG brüstet sich damit, dass dies dem Kanton „viel mehr weh tue als den Gemeinden“. Damit blenden sie aus, dass der Steuerzahler des Kantons und der Gemeinden derselbe ist und damit derjenige ist, der allein die Konsequenzen dieser Politik ausbaden hat. Sie negieren aber auch, dass die Gemeinden die grössten Subventionsempfänger des Kantons sind und bei einem Scheitern dieser unverantwortlichen Politik auch direkt Folgen zu tragen haben.
- Die bürgerliche Mehrheit zeigte sich auch blind gegenüber allen Anträgen, die verstärkte soziale Ausgleichsmassnahmen forderte: Eine angemessenere Erhöhung der Familienzulagen, eine stärkere Entlastung der mittleren und tieferen Einkommen.

Wie mehrere Beispiele zeigen, wird diese Politik nicht zu einer Ansiedlung neuer Unternehmen führen, sondern in eine verhängnisvolle Negativspirale von Schuldenwirtschaft, Sparprogrammen, Steuererhöhungen und Standortverschlechterung führen. Bei einer solchen Politik machen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mit!

Die Zeche dieser Plünderungsstrategie wird die Bevölkerung des Kantons Solothurn begleichen müssen:

- Um seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten, wird der Kanton schon bald rigorose Sparmassnahmen ergreifen müssen, die für die Bevölkerung wichtige Leistungen in Frage stellen wird, etwa in der Bildung oder für den sozialen Ausgleich. Luzern lässt grüssen, wo ein klammer Kanton Zwangsferien für Schüler verordnete und vom Bundesgericht wegen gesetzeswidrig schäbiger Prämienverbilligungen gemassregelt wurde.
- Ebenso drohen Steuererhöhungen für alle natürlichen Personen. Für Leute mit mittleren und tiefen Einkommen würde dies ihr verfügbares Einkommen weiter schmälern. Diese Leute haben be-

reits heute eine im interkantonalen Vergleich eine massiv überdurchschnittliche Steuerbelastung zu tragen, der Kanton Solothurn ist für sie eine veritable Steuerhölle. Im Interesse der Leute mit mittleren und tiefen Einkommen wird der GbS die Plünderungsstrategie deshalb im kommenden Abstimmungskampf mit allen Mitteln bekämpfen. Er weiss breite Bevölkerungskreise hinter sich und ist überzeugt diese Jahrhundertabstimmung zu gewinnen.

Für Rückfragen:

- **Markus Baumann**. Präsident GbS und Kantonsrat, Mobile +41 79 435 64 47